

Dresdner Nachrichten

Druck und Eigentum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden

Nr. 336. Neunzehnter Jahrgang.

Mitredakteur: Dr. Emil Bierey.
für das Heftleben: Ludwig Hartmann.

Dresden, Mittwoch, 2. December 1874.

Politisch.

In das Bravo! das der Fürst Reichsanzler erhielt, als er den Elsässer Abgeordneten den Standpunkt klar mache, stimmt die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes mit kräftigem Grundboß ein. Unsere Elsässer Reichsbüder besitzen eine brennendewerte Kriegerität; sie verlangen, daß Reich solle ihnen ihre Ländle wie ein Schmuckstückchen einrichten; von Dankbarkeit aber wissen sie nichts, vielmehr ziegt Herz und Sinn unverändert nach Paris und Stom. Von einem Schmuckstückchen haben nun freilich die Abb. es und Klostersuperioris Simonis und Winterer andere Anschauungen wie wir. Kirchliche Stiftungen, Klöster, der Unterricht in den Händen der Unwissenden Brüder (frères ingnorantins) und der Schulschwestern (soeurs du coeur sacré) — ja, wenn das und einige andere Kleinigkeiten das Reich gewährtete und hätschelte, so blühte nach ihnen Anschauungen das Reichsland. Da aber die Reichsregierung intelligent genug war, und in der Universität Straßburg für den höchsten Unterricht eine Stätte freier Forschung und Wissenschaft schuf und mit reichen Mitteln ihr Blühen unterstützte, da sie ferner das Uebel an der Wurzel ersah, aus den Volksschulen die Schulbrüder und Schulschwestern vertrieb und den Unterricht in die Hände weltlicher Lehrer legte, da jammern die Elsässer Abgeordneten über Druck, Roth und Germanisierung.

Wenn irgendwo Bismarck auf die hohe Unterstüzung auch Duxer rechnen darf, die sonst mit so manchen Maßregeln seiner inneren Politik sich nicht einzuverstehen vermögen, so ist es mit der Befreiung der Schule vom Thral der Geistlichkeit. Es ist sein unleugbares Verdienst, daß er die elsässer Volkschule der französischen Schulgesetzgebung entzog, daß er darauf hält, daß nicht dumme Mönche und bigotte Nonnen die Jugend im Elsass erziehen, sondern fachmännisch gebildete Lehrer, die unter Oberaufsicht des Staats stehen. Wohl mögen die katholischen Geistlichen, die Abgg. Simonis u. Winterer darüber klagen, daß die im Elsass so beliebten geistlichen Unterrichtsanstalten aufgehoben u. durch die viel thurerren weltlichen Lehrinstitute ersetzt würden. Wir sagen: der Reichskanzler würde sich an dem heranwachsenden Geschlechte geradezu versündigen, wenn er einiger Tausend Frances wüssten den Volkschulunterricht in den Händen des katholischen Klerus gelassen hätte! Es ist auch gar nicht wahrt, daß der Unterricht von Geistlichen befolgt, einem Volke billiger zu stehen läme, als wenn der Staat ihn ertheilt. Scheinbar mög dies zutreffen; wer aber die Summen kennt, welche die katholische Kirche unter den verschiedensten Formen dem Volke abnimmt, der weiß auch, daß, wenn sie einmal eine Schule billiger unterhält, den Eltern das Schulgeld erläßt u. dgl., sie damit nur zum geringsten Theile dem Volke wieder giebt, was sie ihm erst entzog. Die Schule in den Händen der Geistlichkeit ist ein Luxus, den sich kein Kulturstaat erlauben darf. Möchte nur auch Bismarck in Preußen dafür sorgen, daß dort die Volkschule besser gestellt werde!

Zweckmäig war es, daß der Reichstag die Verathung des Staatshaushaltes von Elsaß-Lothringen (der in Ausgabe und Einnahme mit gegen 40 Mill. M. balancirt) und die Anleihe-Vorlage (15,200,000 M.) einem besonderen Aufschuß überwies. Letztere ist zur Herstellung der von den Franzosen bereits begonnenen gemeinnützigen Anlagen, Kanäle u. dergl. bestimmt. In diesem Aufschuß wird sich jedenfalls erwägen lassen, ob die Klagen der Elässer, daß die deutsche Verwaltung zu kostspielig wirtschaftliche Berechtigung hat. Fehler, Missgriffe der Reichsregierung sind ja hierbei recht gut möglich und wenn es wahr ist, daß jetzt die Pferde der deutschen Kreisdirectoren mehr kosten, als einst die Sonderpräfeten samt den Secretären, so muß solche Ungehörigkeit abgestellt werden. Aber man spare nicht an den Mitteln für die Universität und den Volkschulen! Leider ist die Tonart, in der sich die Vertreter des Elsaß im Reichstag ergehen, so provocirender Art, daß Bismarck mit Recht Bedenken hegen muß, dem neuen Reichslande eine völlig freie Landes-Vertretung zu gewähren.

Befriedigung im Sachsenlande wird die offizielle Erklärung erregen, die wir gestern telegraphisch mittheilten, wonach die preußische Regierung bei den Friedensverhandlungen mit Sachsen 1866 dem Könige Johann nicht den entwidigenden Vorschlag unterbreitet hat, für ein Stück Geld abzubanken. Wie danken der preußischen Regierung aufrichtig, daß sie sich zu dieser amtlichen Erklärung entschloß. Von der sächsischen Regierung ist ja (nach der Art, wie hierzulande Politik getrieben wird) nicht zu erwarten, daß sie, wenn auch nur mit zwei Worten jene Verleumdung der v. Treitschkeschen Jahrbücher gebrandmarkt hätte. Herr von Friesen, obwohl er aus dem von ihm Erlebten die Augenhaftigkeit der Darstellung in den Jahrbüchern am ehesten bezeugen konnte, hältte sich in undurchdringliches philosophisches Schweigen. Nun, wenn in Dresden die Menschen schwiegen, ist es wenigstens gut, daß in Berlin die Steine redeten.

Benn nun auch die Treitschke'schen Jahrbücher ihren Baden-streich in optima forma weghaben und damit bewiesen ist, daß man es in Berlin nicht für würdig empfindet, daß auf der sächsischen Regierung ungenirt Holz gehaft wird, so bleiben noch zwei Fragen. Was beabsichtigte der Verfasser jenes Aufsatzes der Jahrbücher? Und wer ist der Verfasser? Die erste Frage beantwortet sich leicht: es galt, die könige Johann und Albert vor ihrem Volke zu verdächtigen. Wenn man, ohne berichtigt zu werden, nachfragen darf: er lasse sich unschäpbare Rechte gegen ein gut Stünd Geld ablaufen, der hat das Band zwischen Thron und Land geistig gelöst. Dieser schmähliche Verdacht sollte nach des Artikelschreibers Willen den Wettinern angeheftet werden, so verlogen das Beginnen auch war. Schwieriger ist die Frage: wo züngeilt die Biper? Mit Genug-thun nehmen wir davon Act, daß Karl Biedermann die Urheberschaft jenes Artikels von sich ablehnt. Er hat geglaubt, einige unserer Bemerkungen auf sich beziehen zu müssen; ob mit Recht oder Unrecht er sich getroffen fühlte, sei dahin gestellt, wir glauben ihm einen Dienst erwiesen zu haben, daß er jeden Verdacht der Biper-

schoß offen entkräften konnte. Aber wer ist es denn, der aus dem Versteck heraus giftige Pfeile schießt? Er geht vielleicht mit frechem Schritte, jetzt eben durch des Hoses Münze, und während ihn der Bittery sucht, genießt er seines Frevels Frucht! So frei nach Schiller -- vielleicht hältst einst ein Grashüpfer oder ein anderes Federwisch den Thimeteus ermitteln.

Auf noch einige andere Bemerkungen, die sich zwangslässig an diese Affaire anknüpfen lassen, kommen wir morgen zurück. Heute gedenken wir bloß des lieblichen Steuerbouquets, das der Großerzog von Weimar dem deutschen Volke unter die Nase gehalten hat. Tabak, Petroleum, Bier, Gewerbe, Stempel — alle diese Dinge will der Großerzog besteuert haben. Wenn die thüringischen Fürsten nicht so eiferhaftig auf ihre immermehr schwindenden Souveränitätsrechte wären, so machten sie sich ernstlich dahinter, ihre Staaten zu einem lebensfähigen Ganzen zu verschmelzen, wodurch sie billiger regierten und dem Volle nicht erhöhte Lasten aufzubürden brauchten. O Milliarden! o Militäretat!

Locales und Südliches.

— S. M. die Königin befand sich dieser Tage unwohl. Es litten an einer Brüderlichkeit am Hinterkopf, die eine Operation nötig machte. Jetzt ist das Befinden der Königin wieder zufriedenstellend.

- Dem Lehrer Ludwig in Unterheinsdorf ist die goldene Medaille vom Albrechtsorden verliehen worden.
- Der Oberlehrer an der Gymnasial- und Real-Schule zu Plauen, Dr. Beetz hat den Titel Professor erhalten.
- Dem königlichen General-Adjutanten, Generalleutnant Krug von Nidda ist das Großkreuz des H. Sächs. Ernsteinischen Hausordens verliehen worden.

— Der Justizminister Abele ist von seiner Thätigkeit im
Bundesrathe und Reichstage zu Berlin wieder nach Dresden zu-
rückgekehrt.

— Die Angriffe des Abg. Wehrenpfennig und Dr. Stephanus Leipzig auf das f. sächsische Gabettenhaus sind gescheitert. Da nämlich in der Budgetcommission des Reichstages die preußischen Regierungs-Kommissäre erklärt haben, daß die Lichtenfelder-Central-Gabetten-Anstalt keinen Raum für die sächsischen Gabetten der obersten Classe hätte, daß ferner schon jetzt jeder sächsische Käpikant das Portefeuillehochbegämen vor der preuß. Überregionalisationskommission zu machen habe, daß endlich nach Aufhebung der früher in Preußen bestehenden Sankta auch jeden sächsischen Parteienfahn-

Dresden bestehenden Seletta auch jeder fachliche Fortbildung, rich die preußische Kriegsschule besuchen und dort das Offiziers-egamen machen müsse, zog Abg. Wehrenpfennig seinen Antrag der auf eine Majorität nicht rechnen konnte, zurück. Abg. Stephani verlangte, daß im nächsten Jahre der Etat für das Dresdner Kadettenhaus unter organischer Einfügung dieser Anstalt in das System der übrigen Militärerziehung- und Bildungsanstalten in den Etat der leitgenannten eingestellt werde. Auch dieser Antrag fand jedoch keine Mehrheit.

gewählten Matzohmitglieder Abb. Voigtmann, Bantorf, Kühner, Abb. Gottschalk, Handelskammerpräs. Rülke und Abo. Dr. Minckwitz, findet am 2. Jan. nächst Jahres statt.

— Bekanntlich soll das Sieges-Denkmal, nach dem Henze'schen Entwurf ausgeführt, 62,500 Taler kosten. Die Stadtverordneten fanden diese Summe zu hoch, nicht im Verhältnis zu den Mitteln stehend, welche die Stadt zur Errichtung von Monumenten, gegenüber den ringenden Ausgaben, übrig hat und haben beim Stadtrat eine wesentliche Vereinfachung des Unterbaues beantragt. Der Rath lehnt diesen Antrag einstimmig ab, da er glaubt, daß dadurch die ästhetische Gesamtwirkung des Monumentes beeinträchtigt

— Herr Prof. Karl Biedermann in Leipzig schickt uns folgenden Berichtigung: In Nr. 333 der Dresdner Nachrichten ist gesagt „ein Professor in Leipzig“, der „sich auf die Politik warf,“ habe sich mit Professor v. Trutschler in Berlin, dem Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher“, „schon oft zu Angriffen gegen ihr gemeinsames sächsisches Heimatland verbunden,“ und weiter wird angegedeutet, daß eben dieser „Professor in Leipzig“ zu dem vielberufenen Artikel im neuesten Heft jener „Jahrbücher“ über die sächsische Politik mit gewirkt habe. Da unter meinen Collegen an der hiesigen Universität keiner ist, auf welchen die obige Bezeichnung eines „Professors, der sich auf die Politik warf,“ passte, so muß ich notwendig das Gesagte auf mich beziehen. Ich erkläre nun, daß die auf jener „Professor in Leipzig,“ also mich, gemachte Anspielung wegen eines Complots gegen mein sächsisches Heimatland, insbesondere aber wegen einer — direkten oder indirekten — Beteiligung an dem fraglichen Artikel der „Jahrbücher“ eine durchaus und in allen Wege grundlose Verleumdung ist, und zwar eine um so unentzündbarere, als gerade ich zuerst in der ganzen sächsischen Presse die in jenem Artikel enthaltenen Neuerungen über die angeblich am maßgebender Stelle in Sachsen herrschenden Auffassungen, sowohl in der inneren als in der deutschen Politik öffentlich entschieden gemäßbilligt habe. In Nr. 27 der von mir redigirten Deutschen Allgemeinen Zeitung sagte ich wörtlich: „Wären gewisse Dinge, die hier behauptet werden, erwiesen oder erweislich, so wäre die Lage Sachsen eine höchst ernst. Da sie aber nicht erwiesen und, wie wir zuversichtlich hoffen, auch nicht erweislich sind, so übernimmt der Verfasser des Artikels eine große Verantwortung, indem er etwas leicht hin ausspricht, was schwerwiegender, nach der einen Seite tiefverleihender, nach der anderen höchst auenreißender Natur ist.“

^{*)} S. den heutigen Leitartikel.

die zwar sehr geeignet sind, dasselbe vor jedem Unfall zu bewahren, jedoch mit Rücksicht auf die Gefährdung des Betriebs unausführbar sind. Unter Rücksichtgänger Duldung der Rücksichtsbeamten bleiben jene Beschriften unbeachtet und tritt ein Unfall ein, so beruft sich die Gesellschaften darauf, daß in der Nichtbeachtung der Dienstvorschrift ein eigenes Verhältnis des Verunglückten liege, welche die Entschädigungs-Pflicht der Eisenbahnen aufhebe. Das oberste Reichs-Gericht hat dies Verfahren der Eisenbahnen für unstaathaft erklärt; Maßregeln, die bloß auf dem Papier stehen, sind ohne Bedeutung; die Gesellschaften müssen auch für deren Durchführung behorigt sein. In dem betreffenden Processe einer norddeutschen Eisenbahn handelte es sich um die Vorschrift, daß die Wagen, nur wenn sie still stehn, zusammengekoppelt werden dürfen, und der Bahnhofs-Inspector hatte bezeugt, daß diese Vorschrift unausführbar und seit 18 Jahren nicht gehandhabt worden sei. — Dieser Mittheilung der „B. Zeit.“ fügen wir blos die Frage hinzu: Warum nennt man die Eisenbahn-Gesellschaften, die in solch geminer Weise das Gehey umgehen wollen, nicht mit Namen?

— Ginge handt. In der letzten Sonntags-Nummer der „Nachrichten“ ist der Unterzeichnete als ein Eiferer wider die Leichenverbrennung bezeichnet worden. Dagegen ist zu bemerken, daß in dem von ihm gehaltenen Vortrage ein Schluss-Urteil über das Für oder Wider gar nicht ausgeprochen, ja die praktische Frage der Gegenwart kaum noch berührt worden ist. Die möglichst objectiv gehaltene Darstellung beschränkt sich vielmehr auf die Geschichte der Bestattung bei den vorchristlichen Völkern, aus der allerdings hervorging, daß die Leichenverbrennung mit dem Heidenthum, wie es sich in der heroischen Zeit gestaltet, auf das Inniste zusammenhing. Daraan hat sich nur die leise schaftlose Bemerkung des Vortragenden geknüpft, daß, da wir wieder Helden, noch Herzen sind, es bedenklich erscheinen dürfte, von der Sitte des Begegnens abzuweichen, die nicht bloss eine christliche, sondern nachweisbar auch die ursprüngliche und die unter den Völkern der Erde am weitesten verbreute ist. Selbst Jacob Grimm, der bei weitem das Beste und Gründlichste für die Leichenverbrennung geschrieben hat, sagt am Schluß seiner eingehenden Betrachtungen: „Wir können nicht wieder zu den Gebräuchen ferner Vergangenheit umkehren, nachdem sie einmal seit lange abgelegt worden sind. Sie stehen jetzt ... Bezug auf unsre übrige eingewohnte Lebensart und würden ... eingeschaut, den seltsamsten Eindruck machen.“ Es ist nur noch einzuziehen, daß ein Ausdruck, wie der in jenem Urteil angeführte: „Die Lobredner der Leichenverbrennung seien zugleich die Verächter des Wortes Gottes“, nicht über die Lippen des Unterzeichneten gelommen ist. Dr. phil. Ed. Weber, Pastor.

-- Ein neues Wunder aus Philippsdorf, dem Gradenorte der Jungfer Rade! Ein armer Stelzfuß pilgerte dort hin, mühsam sich an der Krücke fort schleppend. Nachdem er seine Kundacht verrichtet, übernachtete er im dortigen Gasthause. Früh Morgens trollte er sich von dammen, aber merkwürdig, der Stelzfuß, der gestern links gewesen, war heute rechts. Ein Genobarm übernahm liebvolle die Lösung dieses Rade'schen Wund-träthsels.

— Nachdem in Berlin der mehrfach berufene Artikel des Treitschke'schen Jahrbücher entschieden zurückgewiesen worden ist, erinnert sich auch das „Dr. J.“ zu einer Abwehr. Das Umtschblatt bezeichnet außer der sog. Entschädigung für die Abdankung des Königs Johann noch eine Reihe von Behauptungen jenes Artikels als Unwahrheiten und Entstellungen; es hält es aber nicht für nöthig, dieselben zu widerlegen, macht keine politische Partei oder ein hervorragendes Mitglied einer solchen für den Artikel verantwortlich oder vermutet auch nur politische Tendenzen bei dem Verfasser. Das Umtschblatt sucht denselben auch nicht in einer den maßgebenden Kreisen Sachsen's nahestehenden Persönlichkeit, sondern führt den Aufschlag auf die politischen Motive eines Mannes zurück, „der vielleicht während seiner Thätigkeit in Sachsen nicht die Anerkennung und Förderung gefunden hat, die er für sich in Anspruch nehmen zu dürfen glaubte und der nun seinem Unmuthe den Verhältnissen und Personen gegenüber Ausdruck giebt, denen er die Schuld baran beimisst.“ (Das Letztere steht nicht wie ein Zusatzsatz auf p. 2. i. 188.)

— Nur wenige Dresdner kennen das im vormalß Marcoliniischen, jetzt Stadtkrankenhaus-Garten befindliche große Cascadenwerk, schlechthin die Neptungruppe genannt, welches in überlebensgroßen Figuren Neptun die Amphitrite bestürzend, darstellt. Lange Jahre liegt die herrliche Gruppe, ein hervorragendes Werk der Plastik, verfallen da, die Wasser, die einst die Gruppe umsprangen, sind lange versiegt und Vieles ist zerbrockt und im Laufe der Jahre unscheinbar geworden. Zum Hinblick auf das demnächst aus der neuen Wasserleitung zu erhaltende reichliche Wasser, welches hinreichend genug sein wird, das schöne Cascadenwerk wieder zu beleben, hat der Rath nunmehr beschlossen, die Gruppe restauriren zu lassen und nach dem Gutachten des Bildhauers Henze und des Stadtbauadmirators werden sich die Kosten dafür auf ca. 4500 Thlr. belaufen. So schön es ist, daß man das berühmte Kunstwerk dem allmäßigen Verfall entreihen und den kommenden Geschlechtern erhalten will, so ist doch gleichzeitig zu bedauern, daß dasselbe in dem Stadtkrankenhaus-Garten, von Hunderttausenden nicht gesehen, stehen bleiben soll. Swarz ist in Aussicht genommen, nach künftiger Vollendung der Restaurationsarbeiten, die Besichtigung des Cascadenwerkes in geeigneter Weise dem Publikum zeitweilig zugänglich zu machen, aber, was ist das. Die Lage des Krankenhauses ist dem Betriebe der Stadt fern und sicher nur sehr vereinzelt dürften sich Einzelne zu dem Nachtheil dieses Gartens in Aufsucht bereit finden. Welch' eine Hieide könnte das Werk für Dresden werden, wenn es an irgend einem vahrenden öffentlichen Orte, etwa in den Bürgerwiesen-Anlagen, Auffstellung fände. Opfer-

5.5 Benennungen Seitentitel